Die Neue Zeit.

Nr. 48. XIX. Jahrgang, II. Band. 1900-1901

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Opportunismus in der Praxis.

Von Parvus.

3. Die Taktik Vollmar.

Wie nur dem Kopf nicht alle Hoffnung schwindet,
Der immerfort an schalem Zeuge klebt,
Mit gieriger Hand nach Schätzen gräbt,
Und froh ist, wenn er Regenwürmer findet.

Göthe, Faust.

Die geistige Zerfahrenheit des Opportunismus bedingt eine große Mannigfaltigkeit seiner Erscheinungsformen. Soweit er bis jetzt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck kam, kann man immerhin vier Hauptlinien unterscheiden, um die sich die mehr oder weniger verwandten Geister gruppiren.

In erster Linie nenne ich das Vollmarsche Staatsmännerthum. Ich verstehe darunter die gewiß nicht gering anzuschlagende Kunst der politischen bezw. parlamentarischen Kombinationen. Es gehört dazu vor Allem ein Scharfblick für die augenblickliche Wechselwirkung der parlamentarischen Parteien und die Politik der Regierung. Ein derartiger staatsmännischer Blick ist gewiß jedem Politiker von Nutzen, auch dem sozialdemokratischen. Allein die Sozialdemokratie braucht mehr. Für sie als sozialrevolutionäre Partei ist die Entwicklung wichtiger, als der augenblickliche Gleichgewichtsstand der politischen Parteien. Die Grundlage unseres ganzen Wirkens ist ja die ökonomische Entwicklung, welche die soziale Schichtung revolutionirt, das Kräfteverhältniß der politischen Parteien ändert, die Politik der Regierungen umgestaltet und uns zur Herrschaft bringen muß. Die Sozialdemokratie rechnet mit Faktoren, die der bürgerliche Staatsmann gar nicht kennt. Andererseits, wenn es auch gewiß thöricht wäre, die Sonderinteressen der verschiedenen Schichten der Bourgeoisie, ihren Kampf untereinander und mit der Regierung zu ignoriren und alles in die unterschiedslose „reaktionäre Masse" zu werfen, so haben wir es doch nichtsdestoweniger noch jedesmal, wenn das Proletariat einen großen politischen Vorstoß wagte, wahrnehmen müssen, daß die Bourgeoisie und die Regierung sich im Kampfe gegen die Arbeiterklasse zusammenfanden. Der universelle Charakter des proletarischen Klassenkampfes, der sich gegen die ganze Gesellschaftsordnung sammt ihrer Staatsform wendet, bedingt es selbst, daß auch auf der Gegenseite, trotz aller Reibereien,

schließlich das gemeinsame Klasseninteresse der Besitzenden zum Durchbruch kommt. Der Verrath der bürgerlichen Demokratie am Proletariat ist kein Zufall, er ist Gesetz. Erst giebt sich dieses demokratische Bürgerthum, unter Verkennung der Klassengegensätze, der Illusion hin, die Arbeiterinteressen ebensogut vertreten zu können, wie jene „aller anderen Volksschichten", und als dann der Klassengegensatz — für die bürgerlichen Ideologen immer spontan, plötzlich, unerwartet — zum Durchbruch kommt, bleibt ihnen nichts übrig, als entweder ihrer eigenen Klasse untreu zu werden, oder die Interessen des Proletariats preiszugeben.

Der Staatsmann innerhalb der Sozialdemokratie neigt nun vor Allem leicht zu einer Ueberschätzung der Bedeutung der augenblicklichen parlamentarischen Konstellation und einer Außerachtlassung der großen Entwicklungsgesetze. Er legt viel zu viel Gewicht auf die Intentionen der Regierung, die Absichten und Versprechungen der Parteien. Er überschätzt überhaupt die Bedeutung der Regierung (nicht zu verwechseln mit der Regierungsgewalt) und der parlamentarischen Mehrheit und übersieht gern, daß die Staatsgewalt, also Regierung, Parlament und die gesammte politische, inklusive militärische Organisation des Landes, sich im Besitz der herrschenden Kapitalistenklasse befindet. Er legt viel zu viel Gewicht auf die öffentliche Meinung, welche auf das Parlament und die Regierung einen Einfluß übt, — viel zu wenig auf jene aus der sozialen Gliederung sich ergebenden Interessen, welche die öffentliche Meinung schnell und gründlich umstimmen, wenn das seichte Gewässer der Tagespolitik plötzlich durch die großen sozialen Unterströmungen in wilden Aufruhr versetzt wird. Und so muß denn unser Staatsmann immer wieder die Erfahrung machen, daß seine, noch so fein gesponnenen politischen Kombinationen durch ein von oben unerwartetes Aufeinanderplatzen der Klassengegensätze über den Haufen geworfen werden. Betrübt, dann erbittert, sucht er den Grund seiner Mißerfolge in der wenig überlegten Taktik Anderer, in dem Ungestüm, mit dem die Massen vordringen. Er versucht also, die sozialrevolutionäre Bewegung einzudämmen, sie in ein ruhigeres Fahrwasser zu geleiten. Er predigt Besonnenheit, Mäßigung. Er glaubt, dadurch die Entwicklung zu sichern, das Proletariat in kleinen Etappen, von Erfolg zu Erfolg zum Ziele zu führen. Wenn man nur sich nicht überstürzt, nur den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt, sich „erreichbare Ziele" stellt. Er ermahnt zur Selbstbeschränkung, fordert Entsagung. Und er übt vor Allem selbst Entsagung. In seiner Sehnsucht nach „positiven" Leistungen, geängstigt durch Mißerfolge, reduzirt er immer mehr seine Forderungen, um sich der augenblicklichen politischen Konstellation, der momentanen parlamentarischen Mehrheit anzupassen. Immer mehr „Selbstbeschränkung" legt er dem Proletariat auf, immer mehr Entgegenkommen zeigt er den bürgerlichen Parteien, und damit zugleich arbeitet er sich in eine immer größere Wuth hinein gegenüber den revolutionären Stürmern, die ihn in seinem löblichen Thun stören.

Wird er durch theoretische Gründe bedrängt, so wendet er sich gegen die Theorie überhaupt. Er will nicht Sklave des Prinzips, der wissenschaftlichen Erkenntniß sein. Aendert sich nicht die Wissenschaft auch? Also gebrauchen wir die Wissenschaft, die uns behagt, und finden wir augenblicklich keine passende auf dem Markte, so warten wir ab, bis eine kommt.

Nach seiner Auffassung räumt man wissenschaftliche Argumente nicht blos dadurch aus dem Wege, daß man sie widerlegt, sondern man kann sie auch umgehen, überspringen, kurz, sie ignoriren, sich durch sie nicht imponiren lassen. Was hat's für unseren Staatsmann zu bedeuten, wenn er einer falschen Begründung, einer Unkenntniß der Thatsachen, eines Widerspruchs, einer Inkon-

sequenz überführt wird? Nichts unter Menschen dauert ewig, alles geräth in Vergessenheit, und die Oeffentlichkeit hat ein kurzes Gedächtniß. Noch mehr, die Oeffentlichkeit hat stets Respekt vor Jemand, der sich nicht imponiren läßt. Zum Beispiel alle Welt mag einsehen, daß in einem bestimmten Falle unser weise Staatsmann von einem bösen Kritiker, der vielleicht gar ein Gott weiß woher hergelaufener Jemand ist, der nicht einmal Sporen und Epauletten trägt, sehr übel zugerichtet worden ist, aber wenn er dabei ein klares Auge und eine ruhige Stirn behält, dann glaubt alle Welt, der Staatsmann müsse mehr wissen, als die Uebrigen alle, was ihm ein Ueberlegenheitsgefühl verschafft, da er in einem Falle, wo jeder Andere sich geschunden fühlen müßte, keine Miene verzieht. Wenn das sich öfters wiederholt, dann braucht der weise Staatsmann nur gelegentlich einige weise Aussprüche in die Menge zu lanziren, wie zum Beispiel daß jedes Ding seine Zeit habe, daß die hohlen Schwätzer doch nichts ausrichten, daß er keinen Geschmack finde an bodenlosen Diskussionen, daß die Entwicklung der Thatsachen schon die Ideen beeinflussen werde, u. a. m., und bald wird es auf allen Marktplätzen heißen: „Der weise Staatsmann weiß etwas, was alle Welt nicht weiß, aber er schweigt, weil er weise die Gelegenheit zum Sprechen abwarten will, aber wenn diese erst gekommen sein wird, dann — ja dann!“ ... Viele wiederum staunen den Kaltmuth des Staatsmannes an, ohne sich über das Wieso Gedanken zu machen. Ihnen ist es einfach ein blaues Wunder, wie so Manches in der Welt: Ali, der unverwundbare Araber, dem man eine Stricknadel durch die blutlosen Wangen ziehen kann, der Mann mit dem Steinkopf, an dessen Schädel man den härtesten Granit in Splitter schlagen kann, u. a. m.

Die Charakteristik einer Taktik kann niemals identisch sein mit der Charakteristik einer Persönlichkeit. Die Dinge haben mehr Konsequenz, als die Menschen. Ich bitte die Leser, dieses Korrektiv im Auge zu behalten. Andererseits nehme ich das Recht in Anspruch, aus jeder politischen Handlung, aus jeder in den Meinungsstreitigkeiten innerhalb der Partei öffentlich kundgegebenen Stellungnahme ungeschminkt die äußersten Konsequenzen zu ziehen.

Der politische Grundfehler, den Vollmar schon in seinen Eldorado-Reden 1891 begangen hatte, war, daß er auf die veränderte Taktik der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie ein viel zu großes Gewicht legte. Daß er der Regierung viel mehr guten Willen zutraute, als sie hatte, daß er den kaleidoskopartigen Farbenwechsel des neuen Kurses, die großen und kleinen Umsturzvorlagen nicht voraussah, das war sogar noch das Geringste; die Hauptsache war, daß er eine Aenderung im Verhalten der Regierung für wichtig genug hielt, um daraufhin die gesammte Parteitaktik einer Revision zu unterwerfen. Das läuft darauf hinaus: ist die Regierung reaktionär, dann sind wir revolutionär, ist die Regierung passabel, sind wir traktabel. Aber das Proletariat ist nicht deshalb revolutionär, weil es politisch verfolgt wird, sondern umgekehrt. Vollmar vergaß, daß die Regierung des kapitalistischen Staats, was das Proletariat anbetrifft, selbst beim besten Willen nie etwas Anderes als ein Werkzeug in den Händen der Kapitalistenklasse sein kann. Daß die Sozialdemokratie revolutionär ist, hängt weder von der Regierung, noch von uns ab, es ist das Ergebniß des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Die deutsche Sozialdemokratie war mit Recht stolz darauf, daß sie sich durch das Sozialistengesetz weder nach links, noch nach rechts habe drängen lassen — weshalb sollte nun der Fall des Sozialistengesetzes eine Aenderung der Parteitaktik bewirken? Wiederum springt ein eigenthümlicher Zusammenhang in die Augen: Gerade Diejenigen, welche bei der Einführung des Sozialistengesetzes die Partei zu Extremen nach links haben

treiben wollen, trieben sie nach dem Sturze des Sozialistengesetzes zu Extremen nach rechts. Der Fehler lag in beiden Fällen in einer Ueberschätzung des Einflusses der Regierungspolitik auf den proletarischen Klassenkampf. Die sozialrevolutionäre Bewegung bahnt sich selbst einen Weg, ungeachtet des Hasses oder des Wohlwollens der Regierung.

Vollmar glaubte also, daß mit dem Falle des Sozialistengesetzes eine Aera politischer und sozialreformerischer Zugeständnisse seitens der Regierung begonnen habe. Er beeilte sich deshalb, unsere nächsten Forderungen auf gesetzgeberischem Gebiet zu präzisiren, und rieth der Partei, der Regierung ein politisches Entgegenkommen zu zeigen, um ihr die Arbeit zu erleichtern. Man kann nun den Werth der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten zehn Jahre verschieden hoch einschätzen, darüber aber giebt es keinen Zweifel, daß die neunziger Jahre in dieser Beziehung gar keinen Vergleich mit den achtziger Jahren aushalten können. Solche kardinale Maßregeln wie die Durchführung der Fabrikgesetzgebung und der Arbeiterversicherung sind nicht mehr vorgenommen worden. Der sozialpolitische Eifer der Regierung ist also, gerade umgekehrt zu den Vollmarschen Erwartungen, nicht gestiegen, sondern gesunken, bis schließlich offen und öffentlich der Grundsatz proklamirt worden ist, in der Sozialpolitik eine Ruhepause eintreten zu lassen. Wie das mit der Frage, ob sozialrevolutionäre oder opportunistische Taktik, zusammenhängt, wird an anderer Stelle erörtert werden, vorläufig konstatire ich, daß die intensivste sozialpolitische Thätigkeit des Staates zur Zeit der intensivsten sozialrevolutionären Agitation stattfand.

Sein staatsmännischer Blick hat also Vollmar gründlich getäuscht. Sehen wir zu, wie das auf die weitere Entwicklung seiner Taktik wirkte. Unter den fünf Forderungen, die Vollmar 1891 aufgestellt hatte, waren besonders zwei bemerkenswerth: die Erringung eines gesetzlichen Normalarbeitstags und die „Beseitigung der Lebensmittelzölle". Das waren für ihn damals Sachen, die sofort zu verwirklichen wären und deshalb die volle Aufmerksamkeit des praktischen Politikers erfordern. Gewiß mußte überhaupt auf einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung hingearbeitet werden, jedoch: „vor Allem ist die ganze Kraft auf die Erlangung eines gesetzlichen Arbeitstags — dieses Kern- und Angelpunktes aller Arbeiterschutzvorrichtungen — zu richten." In Bezug auf die Beseitigung der Lebensmittelzölle äußerte er: „Ich will nur sagen, daß unser Kampf gegen das System der künstlichen Lebensmittelvertheuerung niemals erlahmen darf." Man wird aber in der Thätigkeit Vollmars seit 1891 vergebens nach den Spuren einer Konzentration der „ganzen Kraft" auf die Erlangung des Normalarbeitstags suchen. Im Gegentheil, je mehr sein staatsmännischer Blick ihm zeigte, daß die Regierung und die Parteien vorläufig noch eine derartige Maßregel für inopportun halten, desto mehr trat für ihn die Agitation für den Normalarbeitstag aus dem Vordergrund in den Hintergrund gegenüber jenen kleinen und kleinsten sozialpolitischen Gesetzen, denen er 1891 eine untergeordnete Bedeutung beimaß.

Und auch in seinem Kampfe für die Beseitigung der Lebensmittelzölle, der „niemals erlahmen" sollte, ließ Vollmar eine lange Pause eintreten. Erst die jüngsten Ereignisse haben ihn wieder aufgerüttelt, und da forderte er zum Kampfe auf — gegen die „neuen Zollsätze", also nicht mehr für die Beseitigung der Lebensmittelzölle, sondern gegen ihre Erhöhung. Bis dahin aber ignorirte er persönlich die Gelegenheiten zur Agitation gegen die Lebensmittelzölle, die ihm der Bauernbund sehr hartnäckig darbot. Er schwieg, als der Bauernbund Erhöhung der Getreidezölle beantragte. Er schwieg, denn er faßte bereits den

staatsmännischen Plan, die Bauernbündler ebenso durch Entgegenkommen zur Sozialdemokratie zu bekehren, wie er durch Entgegenkommen die Regierung sozialreformerisch machen wollte. Das war nur der Theil eines Ganzen, der Bauernagitation, deren Herrlichkeiten ich ebenfalls an anderer Stelle einer eingehenden, liebevollen Darstellung unterziehen werde. Ihr leitender Gesichtspunkt war: Da das deutsche Bauernthum, wie es augenblicklich ist, für das sozialistische Programm des Proletariats nicht zu haben wäre, so wollen wir ein sozialistisches Programm im Sinne dieses Bauernthums zusammenschustern. Hier führt bereits das Staatsmännerthum, das mit einem zunächst durchaus unverbindlichen Entgegenkommen gegenüber der Regierung — „ohne das Endziel aus den Augen zu verlieren" — begonnen hatte, zu prinzipiellen Konzessionen. Da nun Vollmar den Bauernbund nach rechts, gegenüber dem Zentrum, deckte, von links schaute, so konnte er gar nicht besser die Geschäfte dieser politischen Zwitterbildung fördern. Die Quittung für diese Thätigkeit stellten die Reichstagswahlen 1898 aus, die in den ländlichen Wahlkreisen Bayerns einen erheblichen Zuwachs der bündlerischen und eine absolute Verminderung der sozialdemokratischen Stimmen zum Ausdruck brachte. Abermals ging eine staatsmännische Aktion an den Klassengegensätzen in die Scherben.

Mit dem gleichen Erfolg endete auch die staatsmännische Kombination Vollmars in der bayerischen Wahlrechtsfrage. Das bayerische Wahlsystem ist solcher Art, daß, wenn der erste Wahlgang unentschieden bleibt, Wahlbündnisse unerläßlich sind, um ein Resultat zu erzielen. Bisher gingen nun in solchen Fällen stets Zentrum und Nationalliberale zusammen, um die Sozialdemokratie zu übervortheilen. Da aber wiederholt bei der Theilung der Beute die Nationalliberalen sich als unredliche Kompagnons erwiesen haben, so wandte sich bei den letzten Wahlen das erboste Zentrum an die Sozialdemokratie. In Folge dessen wurden die Liberalen jämmerlich zusammengehauen, sie bekamen also die Unzuträglichkeiten des Wahlsystems am eigenen Leibe zu spüren. Aber auch des Zentrums Freude war nicht ungetrübt: denn durch sein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hat es selbst in das dichte Gewebe von Lügen und Verleumdungen, mit dem es die Massen von der Sozialdemokratie fern zu halten suchte, ein gewaltiges Loch gerissen, und das mußte ihm besonders in den katholischen Arbeitervereinen recht unangenehm werden. Andererseits wurden ihm seitens der katholischen Bourgeoisie und des katholischen Muckerthums bittere Vorwürfe gemacht. Zur Rechtfertigung berief es sich auf das Wahlsystem. So kam es, daß nach den Wahlen sich alle Parteien in erbitterten Klagen über das bestehende Wahlrecht ergingen. Für uns entstand daraus vor Allem die Aufgabe, die günstige Situation agitatorisch auszunützen. Da alle Welt von Wahlrechtsänderung sprach, mußten wir durch Versammlungen, Flugblätter 2c. eine Massenbewegung zu Gunsten eines demokratischen Wahlrechtes ins Werk setzen. Im Landtag mußten wir möglichst weitgehende Anträge stellen, um die Sonderinteressen der einzelnen Parteien zum Durchbruch zu bringen. Wir mußten auf eine schnelle Erledigung der Wahlrechtsfrage drängen, mit allen uns zugänglichen politischen Mitteln, wenn nöthig durch Obstruktion, die Regierung und die Parteien dazu zwingen. Und würden wir auch unsere Gesammtforderung kaum durchgesetzt haben, so könnten wir doch unter diesen Verhältnissen am ehesten darauf rechnen, daß die herrschenden Parteien wenigstens etwas gewähren würden, um unserer Agitation die Spitze abzubrechen, und auf jeden Fall hätten wir den Effekt der Agitation für uns.

Anders aber dachte Vollmar. In seinem Kopfe bildete sich sofort eine staatsmännische Kombination. Er begann also die Kampagne damit, daß er im

Landtag eine feierliche Rede hielt im Tone des wohlwollenden Mahners. Er zeigte den Parteien, wie thöricht sie bis jetzt gehandelt haben, indem sie sich der sozialdemokratischen Forderung der Wahlrechtsänderung verschlossen haben. Und daß sie überhaupt die Sozialdemokratie verkannt haben. „So müssen Sie sich denn, meine Herren, einfach bemühen, uns zu verstehen." Er selbst gab sich alle Mühe, sich auf den Standpunkt der bürgerlichen Parteien zu stellen. Er bewies ihnen, daß sie aus Rücksicht auf ihre eigenen Interessen und aus Rücksicht auf die sozialdemokratische Agitation das Wahlrecht ändern müssen. Er drohte mit dieser Agitation. Aber er drohte nur. Vor Allem wollte er vielmehr durch Unterlassen der Agitation das Entgegenkommen, den guten Willen der Sozialdemokratie offenbaren. „Nun komme ich noch mit einigen Ausführungen zum eigentlichen Gegenstand, nämlich zur Wahlreform. Ich werde, wie gesagt, nicht viel darüber sprechen und zwar deswegen, weil ja die Sache nun endlich einmal in Marsch gebracht worden ist, durch uns in allererster Linie. Der Antrag soll an einen Ausschuß kommen und wir werden dort über die Sache ja sprechen können. Uns Sozialdemokraten ist es hier, wie bei allen Gelegenheiten, der Auffassung Mancher von Ihnen allerdings zuwiderlaufend, durchaus nicht lediglich um die Agitation zu thun.... Wir wollen deswegen Rekriminationen vermeiden in Bezug auf die bisherige Stellung der Parteien zu unseren Anträgen und wir wollen auch auf die Einzelheiten nicht eingehen, was viel besser im Ausschuß geschehen wird." Die Redner aller Parteien haben sich für die Wahlrechtsänderung ausgesprochen, nun konnte es also nicht mehr fehlen. Es sei eine vollkommene Unmöglichkeit, erklärte Vollmar, daß die Sache noch einmal auf die lange Bank verschoben werden sollte.

So glaubte denn Vollmar, in der Wahlrechtsfrage alle Parteien unter eine Kappe gebracht zu haben. Etwas Entgegenkommen seitens der bürgerlichen Parteien, Nachsicht von unserer Seite — so wird das Tränklein zusammengebraut. Darum war ihm der Ausschuß so lieb, wo in aller Stille „positive Arbeit" geleistet werden konnte. Kurz, an Stelle der Agitation setzte er die Konziliation. Aber das war es gerade, was die Reaktionäre brauchten. Sie fürchteten die Massenagitation, sie fürchteten die Diskussion in der Oeffentlichkeit und sie waren über alle Maßen froh, als die Sozialdemokratie sich durch einige Redensarten hat pazifiziren lassen und im Moment des brennendsten öffentlichen Interesses auf die Agitation verzichtet hat. Im Ausschuß nahm man sich reichlich Zeit. Innerhalb der allgemeinen Stille, die von der Sozialdemokratie sehr wenig getrübt wurde, verlor sich das akute Interesse der Oeffentlichkeit. Die Sache gerieth in Vergessenheit. Bei der „positiven" Arbeit der Verfassung des Gesetzentwurfes kamen die Sonderinteressen der bürgerlichen Parteien und die sie einigende Feindschaft gegen die Sozialdemokratie immer klarer zum Ausdruck, und bald unterlag es keinem Zweifel mehr, daß die Sache auf die lange, auf die allerlängste Bank geschoben wird! So endete diese staatsmännische Aktion. Vollmar ist um eine Erfahrung reicher. Woraus er vermuthlich, wie in den bisherigen Fällen, nur die Schlußfolgerung zieht, daß er immer noch nicht schlau, nicht staatsmännisch genug war.

Zuguterletzt gab der Fall Millerand Vollmar eine äußerst günstige Gelegenheit, selbst die Konsequenzen seines Standpunktes zu ziehen. Gedeckt durch die Annahme, die Sache gehe „praktisch" Deutschland nichts an, durfte er sich den Luxus gestatten, seinen Gedankengang sich frei entwickeln zu lassen. Als in Erfurt Liebknecht den „Regierungssozialismus" als Konsequenz des Vollmarschen Standpunktes hinstellte, wandte sich dieser entrüstet dagegen. Seitdem hat er,

von Mißerfolg zu Mißerfolg schreitend, gelernt, bescheiden zu wollen und weise zu wählen. Die immer weiter gehende Reduktion seiner nächsten gesetzgeberischen Forderungen setzte ihn vor Allem in den Stand, die Millerandschen Klein- und Scheinreformen hochzuschätzen. Andererseits je geringfügiger die Gesetzgebung ist, um die es sich handelt, desto mehr Bedeutung gewinnt dabei der Wille der Regierung. Je kleiner der politische Gesichtspunkt des Parlamentariers wird, desto mehr gewinnt die Regierung in seinen Augen an Größe.

So kam Vollmar dazu, an einem sozialistischen Ministerialismus Geschmack zu gewinnen. Und im Grunde genommen, wer „dem guten Willen" der Regierung „die offene Hand" reichen will, wie kann er denn Nein sagen, wenn diese Regierung ihn auffordert: „Komm' und sei mein guter Genius"? Nun gebrauchen ja Vollmar und die Anderen, die in Deutschland den Millerandismus vertheidigen, stets die Kautel, für Deutschland komme der Fall nicht in Betracht, in Deutschland seien die Verhältnisse anders, die politische Form sei weniger freiheitlich, die Regierung weniger demokratisch ꝛc. Schält man die Umhüllungen weg, so bleibt folgender nackte Grund: weil die deutsche Regierung einen Sozialisten zum Minister nicht haben will. Wollte sie es, dann wäre ja gerade das ein Beweis des Liberalismus, der Demokratie ꝛc. ꝛc. Also, die Regierung braucht nur zu wollen!

Die deutschen Ministerialisten unterscheiden sich von den französischen nur dadurch, daß, währenddem die letzteren einem Regierungsangebot Folge leisteten, die ersteren noch lange bevor die Regierung auch nur im Entferntesten daran denkt, an Sozialisten Ministerportefeuilles zu vertheilen, sich zur Disposition der Regierung halten. Welche staatsmännische Voraussicht!

Ich will durchaus nicht behaupten, daß Vollmar selbst ein Ministerportefeuille annehmen würde. Er hat eine zu große politische Vergangenheit hinter sich, um die äußersten Konsequenzen seines jetzigen Standpunktes persönlich in die Praxis umsetzen zu können. Aber der Punkt, an den der eine Politiker durch die Entwicklung eines Menschenalters gelangt ist, bildet für den Zuletztgekommenen den Ausgangspunkt seines Wirkens, und dieser geht dann in seinen Konsequenzen viel weiter. Der Opportunismus ist ja die Inkonsequenz. Und dem Opportunisten, der uns damit vertröstet, daß er selbst in diesem oder jenem praktischen Falle nicht so weit geht, erklären wir: „Wir können nicht auf deine Inkonsequenz bauen, sondern wir müssen mit der Konsequenz rechnen, welche Andere aus deinem Standpunkt ziehen!"

Das Staatsmännerthum innerhalb der Sozialdemokratie führt in Konsequenz seines eigenen Standpunktes durch eine Reihe unmerklicher Uebergänge dazu, daß der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die Erschleichung eines Ministerportefeuilles durch einen politischen Kautschukmann unterschoben wird, dem sozialrevolutionären Entwicklungsprozeß die parlamentarische und womöglich die Hofintrigue!

4. Der Auersche Praktizismus.

Daß er mit der Theorie auf gespanntem Fuße steht, hat Auer selbst oft genug erklärt. Er paradirt förmlich damit bei jeder prinzipiellen Auseinandersetzung innerhalb der Partei. Er hat es aber leider bis jetzt versäumt, die Grundlinien seines spezifischen Praktizismus zu ziehen, der ihn von Anderen in der Partei, die doch auch nicht blos über Prinzipien diskutiren, unterscheidet. Man weiß nicht einmal, ob sein Standpunkt opportunistisch oder revolutionär. Er selbst protestirte in Hannover mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man ihn

in einen Topf mit Bernstein und Anderen werfe, und zog, wenn auch flüchtig, doch in kräftigen Linien die Grenzen zwischen sich und dem Bernsteinismus. Merkwürdigerweise hinterließ das aber gar keinen Eindruck in der Oeffentlichkeit, und nach wie vor, ja mehr als jemals, gilt Auer als Führer des Opportunismus. Auch er gehört also zu den Mißverstandenen. Schaffen wir Klarheit.

Der Praktizismus entspringt der Abneigung vor politischen Spekulationen. Er will nur mit konkreten Verhältnissen operiren, er haßt die unbestimmbaren Größen. Allein, mag das angenehm sein oder nicht, die Politik kann die Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht entbehren. Nur das Gesetz der Entwicklung läßt sich feststellen — und das ist für die kapitalistische Gesellschaft schon durch das Kommunistische Manifest in so mustergiltiger Form geschehen, daß es durch das nachfolgende halbe Jahrhundert kapitalistischer Geschichte vollauf bestätigt würde — der Gang der Entwicklung muß verfolgt und stets aufs Neue vorausgesehen werden. Der praktische Verstand kennt aber nur das unmittelbar Vorhandene, was über diesen Umkreis hinausgeht, ist ihm lästig, beschwert das Denken. Er will eine klare, einfache Situation; und ist sie nicht einfach, so macht er sie einfach, das heißt er erreicht die Lösung des Problems dadurch, daß er seine Schwierigkeiten ignorirt. Er ist nicht eigentlich Gegner der Theorie, aber er will eine Theorie, die sofort und ohne Rest in die Praxis aufgeht. Der praktische Verstand kann es nicht begreifen, wie man sich etwas zur Richtschnur nehmen kann, das in sich selbst veränderlich ist? Also vor Allem die feste Form. Wird nun eine Theorie in dieses Prokrustesbett des praktischen Verstandes hineingezwängt, so erstarrt sie zum Dogma, aus dem sich dann der Praktiker Schablonen schneidet. Wenn aber der Praktiker, der die Theorie als Schablone gebraucht, auf den Widerstreit der sich entwickelnden Verhältnisse stößt, so zweifelt er nicht etwa an einer Methode, die Theorie zu gebrauchen, sondern an der Theorie selbst. Die Starrheit, die er in die Theorie hineingebracht hat, erscheint dann als ihr eigenes Wesen, und er wettert gegen jedes Theoretisiren als schädliches Dogmatisiren und Schablonisiren.

Es hat kaum je irgend Einer in der Partei die sozialdemokratischen Grundsätze so doktrinär vertreten, wie — Auer auf dem Berliner Parteitag. Er hatte damals über das Genossenschaftswesen zu referiren. Schon die Einleitung ist interessant. Er zitirte wörtlich den Passus des Erfurter Programmes, der sich auf die Aenderung der Eigenthumsform und die dazu unerläßliche Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat bezieht, und erklärte, daran anschließend: „In diesen Sätzen sind unsere Ziele und Aufgaben klar hingestellt. Dieser Standpunkt ist bei beginnender sozialdemokratischer Agitation eingenommen worden, wir haben ihn bis jetzt eingenommen und müssen ihn für alle Zeiten beibehalten, so lange die Partei eine sozialdemokratische ist. Wenn andere Anschauungen auftauchen, und sie sind aufgetaucht, so beweist das nur, daß Genossen in dieser Frage über Wesen und Inhalt der Sozialdemokratie sich getäuscht haben." Also 1892 war ihm das Programm „für alle Zeiten" festgelegt — und etliche Jahre später giebt es für Auer nichts Veränderlicheres als das Programm, und Alle erscheinen ihm als Doktrinäre, die die Programmsätze mit ihrem Wissen gegen eine ebenso schnellfertige wie böswillige Kritik vertheidigen.

Zum Thema übergehend, meinte Auer: „Wer glaubt, durch Bildung von Genossenschaften etwas mit zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, wer glaubt, wie es in Breslau der Fall gewesen, dadurch mit dazu beizutragen, daß die Produktion regulirt, die Ueberproduktion verhindert wird, der hat sich über das Wesen des Sozialismus getäuscht. Gegen solche Versuche, das Wesen

unserer Aufgaben und Ziele zu verwischen, ist von der Partei Stellung wiederholt genommen worden. Und dieses heute wieder zu thun, soll unsere Aufgabe sein." Hier hat also Auer bereits Bernstein antizipirt, was freilich gar nicht überraschend kommt, da ja Bernstein nur die alten sozialreformerischen Redensarten in neuer Auflage bringt. Gewiß, auch in Hannover hat Auer erklärt, daß er die Illusionen Bernsteins bezüglich des Genossenschaftswesens nicht theile, aber statt, wie in Berlin, gegen diese „Verwischung unserer Aufgaben und Ziele" zu protestiren, wurde er jetzt vielmehr zu ihrem eifrigsten Förderer. In Berlin erklärte er, daß Alle, welche in den Genossenschaften ein Mittel zur Verwirklichung unseres sozialrevolutionären Programmes erblicken, „von dem Wesen des Sozialismus und von unseren Aufgaben keine Ahnung haben." Mehr haben Bernstein auch seine bösesten Kritiker nicht vorgeworfen. Aber mit flammendem Pathos wandte sich Auer in Hannover gegen Alle, welche Bernstein mangelnde wissenschaftliche Erkenntniß vorwarfen. „Der Mann, der zehn Jahre lang .... unser Zentralorgan redigirt, der Mann, der mit als die hervorragendste Persönlichkeit in der parteigenössischen wissenschaftlichen Schriftstellerei bis in die neueste Zeit gegolten hat, der Mann" u. s. w.! ....

Also, weil die Genossenschaften noch kein Sozialismus sind, deshalb sollen sie nutzlos, ja schädlich für die Arbeiterbewegung sein, indem sie die Energie des Proletariats auf einem sterilen Gebiet nutzlos verzetteln und seine Aufmerksamkeit vom politischen Kampfe ablenken. Da haben wir die Schablone in ihrer ganzen Starrheit und Beengung! Demgemäß war auch die gefaßte Resolution: Die Parteigenossen sollen der Gründung von Genossenschaften „entgegentreten" und unter Anderem die Illusion bekämpfen, daß die Genossenschaften geeignet wären, „den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern". Falsch war das nicht, aber eng und schief: Gewiß ist die Gründung von Genossenschaften innerhalb des kapitalistischen Staates kein Sozialismus, gewiß ist es albern, von ihnen eine Milderung des proletarischen Klassenkampfes zu erwarten, — aber damit ist die Angelegenheit noch nicht erledigt, das ist nur die eine, negative Seite der Erscheinung, und die positive ist, daß die Genossenschaften in der Kombination Konsumvereine und Produktivgenossenschaften unter gewissen wirthschaftlichen und politischen Voraussetzungen in hohem Maße den Zusammenhalt des Proletariats fördern und es in seinen gewerkschaftlichen wie seinen politischen Kämpfen stützen. Vom Standpunkt unserer Grundsätze können wir nur das Sozialreformerthum im Genossenschaftswesen bekämpfen, die sozialreformerische Erklärung und Ausnützung der Genossenschaften, nicht aber diese selbst, die eine ökonomische Thatsache sind und als solche nicht bestritten, sondern begriffen sein wollen. Aber der Praktiker gebraucht das Programm als eine Sammlung von Schablonen: entweder die Erscheinung paßt unter die fertige Formel (Absatz soundsoviel), oder er weiß nicht, was er mit ihr anfangen soll, sie ist ihm eine Störung der normalen, gesetzmäßigen Entwicklung; er versteht es nicht, das Programm als Methode zur Erkenntniß der sozialen Entwicklung zu verwenden.

Auch in seinem Verhältniß zu den Gewerkschaften lernen wir den Dogmatiker, den Doktrinär Auer kennen. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein, daß Auer jemals Gegner der Gewerkschaftsbewegung gewesen wäre, er hat nur eine Zeit lang geglaubt, die Partei vor der Konkurrenz der mit ihrem Wachsthum nach Selbständigkeit ringenden Gewerkschaften schützen zu müssen. Er sprach es klar aus: „Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Theil, aber immer nur als ein Theil der organisirten, klassenbewußten Arbeiterbewegung

betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden — etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Theil derselben ist —, macht sich seit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisirende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche speziell in der Generalkommission ihren Ausgangs- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt und, wenn sie größeren Anklang fänden, geradezu für verhängnißvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung." Auch hierin steckt eine gute Dosis Wahrheit, jedoch ist sie wiederum zu eng gefaßt und schief zugespitzt. In Deutschland, wo die politische Organisation des Proletariats sich überraschend schnell entwickelte, waren die Gewerkschaften lange Zeit von der Partei in jeder Beziehung abhängig, sie waren der Partei unterordnet. Aber mit der Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisationen mußte sich das Verhältniß ändern. Die Gewerkschaften mußten lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Sie brauchten ihre eigene Zentralisation. Je mehr sie sich in diesem Sinne entwickelten, desto selbständiger mußten sie sich fühlen. Ihr Verhältniß zur politischen Partei konnte nicht mehr das einer Spezialwaffe unter dem gleichen Oberkommando bleiben, sondern es mußte das zweier verbündeten Armeen werden. Mit der Entwicklung der Gewerkschaften entstand gewiß die Gefahr einer Konkurrenz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie, wer will das leugnen? Aber um dieser zu begegnen, gab es für die Sozialdemokratie nur ein Mittel: mehr noch als bisher in ihrem parlamentarischen Auftreten, in ihrer Politik, in ihrer Agitation auf die gewerkschaftlichen Interessen Rücksicht zu nehmen. Man mußte sich klar machen, daß die Erstarkung der Gewerkschaften auch der politischen Vertretung des Proletariats mehr Arbeit und zugleich mehr Einfluß verschafft. Auer aber faßte die Sache äußerst engherzig auf: die Konkurrenz der Gewerkschaften müsse niedergekämpft, im Keime erstickt werden; der Stützpunkt aller Selbständigkeitsbestrebungen der Gewerkschaften sei die Generalkommission, folglich müsse dieser — „das Fell gestrichen werden". Das gelang ihm denn auch damals, dank der gewaltigen Autorität der politischen Organisation und dem Mißkredit, in dem die ohnedies noch sehr schwachen Gewerkschaften in Folge der ungünstigen Geschäftskonjunktur, der soeben verlorenen großen Strikes, der inneren Organisationsstreitigkeiten ꝛc. standen, mit Leichtigkeit. Aber es war ein schlimmer Pyrrhussieg. Was Auer für eine heilsame Zurückweisung der Uebergriffe einzelner Gewerkschaftsführer hielt, wurde zu einem Riß zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Die verfehlte Taktik Auers gegenüber den Gewerkschaften hatte den gleichen Grund, wie sein Mißgriff bei den Genossenschaften: er hat die politische Bethätigung des Proletariats zu ausschließlich, zu gesondert von allem anderen ins Auge gefaßt. Etwa folgender Gedankengang: Wir wollen die soziale Revolution; also Eroberung der politischen Macht; also politische Organisation des Proletariats, Sozialdemokratie; alles andere mag Gegenwartsvortheile bringen — vieles ist Schwindel — es mag auch nicht ohne Werth sein als Vorschule zur Sozialdemokratie, jedenfalls aber tritt es der politischen Bethätigung der Sozialdemokratie gegenüber in den Hintergrund, darf dieser nicht im Wege stehen. Was bei dieser Argumentation übersehen wird, sind die Wechselwirkungen. Sieht man von Störungen ab, die im proletarischen Klassenkampf wie in jeder großen politischen Bewegung unvermeidlich sind und von mannigfaltigen Ursachen abhängen, unter denen die Einsichtslosigkeit der Parteiführer die geringste Rolle spielt, so fördert die politische Bethätigung des Proletariats die Gewerkschaften und Ge-

nossenschaften, aber auch diese nicht minder die Sozialdemokratie. Der springende Punkt liegt nicht in dem Uebergewicht der politischen Aktion des Proletariats, sondern darin, daß das soziale Aufstreben des Proletariats in all seiner wachsenden Mannigfaltigkeit, selbst in seinen mit der Politik am wenigsten zusammenhängenden Erscheinungsformen stets und immer wieder auf das gleiche Ergebniß hinausläuft: die Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Auer hat niemals eine andere Politik getrieben, als reine Arbeiterpolitik. Darin liegt seine große Stärke. Er hat niemals mit dem Bauernthum oder Handwerkerthum kokettirt. Eine Politik staatsmännischer Kombinationen ist ihm vor Allem zu spekulativ: sein praktischer Verstand erfordert eine klare, einfache Situation. Man hält Auer für besonders schlau; er ist es aber gar nicht; er thut nur so, als ob er es wäre, und das Schönste ist: man glaubt es ihm. Als er öffentlich mit der ungeheuer schlauen Aeußerung paradirte: „Lieber Ede, so was sagt man nicht, so was thut man", setzte er sich selbst zu diesem machiavellischen Grundsatz in Widerspruch. Er ist zu sehr Vollblutgermane, um so überwältigend schlau zu sein. Ein Polemist von ciceronischer Beredsamkeit, läßt er sich von seinem Sarkasmus am ehesten zu Uebertreibungen hinreißen. Er hat in den letzten Jahren entschieden viel mehr gesprochen als nöthig war, und stellte sich schlimmer hin als er ist.

Als Praktiker hatte er von vornherein Mißtrauen gegen die Theorie; die Art, wie er dann die Theorie gehandhabt hatte, mußte, wie wir gesehen haben, ihn erst recht enttäuschen; so wurde sein Mißtrauen zur Skepsis. Darunter leidet vor Allem die Einheitlichkeit seiner politischen Auffassung. Er hat seine Zweifel nach links und seine Zweifel nach rechts, und nichts mehr befriedigt ihn. Er findet in sich nicht mehr die geistige Zuversicht, um für bestimmte Grundsätze rücksichtslos einzutreten; er begreift es deshalb nicht mehr, wenn es Andere thun. Er sieht darin nur noch Unduldsamkeit und Streitlust. Seine Zweifel bringen ihn dem Opportunismus nahe, nicht wegen dessen positiver, sondern wegen dessen negativer Eigenschaften, der an den geltenden Grundsätzen geübten Kritik. Zwar acceptirt er diese Kritik nicht, aber es interessirt ihn zu erfahren, wie sie sich entwickeln, was daraus werden wird. So ist Auer, einer Derjenigen, welche die Gefahren des Opportunismus am frühesten erkannt hatten und gegen ihn am schärfsten aufgetreten waren, zwar noch nicht erklärter Opportunist, wohl aber der Schutzpatron des Opportunismus geworden.

Zugleich führte ihn sein Skeptizismus merkwürdigerweise zu einer Art Fatalismus. Alles Theoretisiren sei eigentlich nutzlose Zeitvergeudung, jede spekulative Voraussicht — zumal nachdem Bebel sich im Datum der Revolution geirrt hatte — Spielerei, was werden soll, das wird, und wie es wird, davon wissen wir sehr wenig. Also vor Allem recht vorsichtig und langsam, überstürzen wir uns nicht! Wir kommen schon zeitig genug an, wenn nicht viel zu früh. Rechnen wir mit den Verhältnissen, gehen wir nicht gewaltsam vor. Kein Programm, keine klare Taktik, außer dem Einen: überall zu bremsen. Und auch hier, je mehr das Endziel dem Gesichtskreis entrückt, erwacht die Sucht nach unmittelbaren, greifbaren Erfolgen. Gegenwartsarbeit in dem bereits gekennzeichneten beschränkten Sinne. An Stelle der Kritik der Verhältnisse, die vorwärts treibt, tritt die Anpassung an die Verhältnisse, die jedem Aufstreben die Spitze abbricht und sich wie ein Mehlthau über die Bewegung legt, sie ungemein beschwerend und lähmend.

Noch auf dem Parteitag zu Frankfurt 1899 rief Auer der bayerischen Fraktion zu, die das in vieler Beziehung thatsächlich unselbständige bayerische Staatsbudget

bewilligt hatte: „Seid Ihr denn in den Landtag gewählt, das bayerische Gemeinwesen in seiner jetzigen Gestalt fortzuführen? Sollt Ihr es nicht umgestalten, oder — verzeihen Sie den Ausdruck einmal — untergraben? Legt Euch einmal diese Frage vor und Ihr werdet die schiefe Situation begreifen, in die Ihr gerathen seid. Das Gemeinwesen wird in sich selbst zerfallen, aber die Mittel zum Unterhalt und zur Fortführung dieses Gemeinwesens zu gewähren ist nicht Eure Sache. Ueberlaßt das ruhig den Nationalliberalen und Ultramontanen." Und 1897 in Hamburg hat er bereits nicht begreifen können, wie man der Regierung die Waffenausrüstung der Armee verweigern könne, da man doch die Soldaten nicht „mit Stöcken ausgerüstet ins Feld schicken" könne! Und 1900 in Paris schützte er die Ministerschaft Millerands und bejammerte das arme Deutschland, das von einer sozialistischen Ministerkandidatur noch so weit entfernt sei. Welche Wendung durch Gottes Fügung!

So verliert auch der Praktizismus in der Arbeiterpolitik, indem er sich vom sozialrevolutionären Mutterboden loslöst, jeden Halt und gravitirt zur Assimilirung an den kapitalistischen Staat.

Was ist der ökonomische Materialismus?

Vortrag auf dem vierten internationalen soziologischen Kongreß.

Von Dr. Casimir v. Kelles-Krauz, Professor am „Collège des Sciences Sociales" in Paris und an der „Université Nouvelle" in Brüssel.

(Schluß.)

VI.

Alles, was wir oben dargelegt haben, gilt für alle menschlichen Gesellschaften. Unter ihnen aber ist eine Art von Gesellschaften, die eine wichtige Rolle in der Geschichte der Menschheit spielen, die spezifische Charakterzüge besitzen, und die wir daher näher ins Auge fassen müssen, das sind die aus Klassen zusammengesetzten Gesellschaften. In diesen findet eine derartige Arbeitstheilung statt, daß ein Theil der Gesellschaft sich in der Leitung der Produktion beständig spezialisirt, diese ganz in die Hände nimmt und den anderen Theil davon verdrängt. Die Leitung der Produktion aber bedingt die freie Verfügung über die Produktionsmittel, was das Eigenthum an diesen Mitteln: Werkzeugen und Naturkräften, mit sich bringt. Die Eintheilung in Klassen wird deutlich in der Geschichte beim Austritt des Menschen aus dem Agrarkommunismus, den wir gewöhnlich den primitiven Kommunismus nennen, in welchem die Leitung der Arbeit, wenigstens am Anfang, keine starre Spezialität bildet und der Besitz der Produktionsmittel ein gemeinschaftlicher ist. Vor diesem Kommunismus aber existirten schon andere Gesellschaftszustände, die verschiedene Produktionsweisen zur Grundlage hatten, wie die des Sammelns, der Fischerei, der Jagd (hierzu gehört auch die Menschenjagd, bezw. der Krieg). In diesen bestand schon eine Theilung wenigstens in zwei Klassen, welche hauptsächlich noch durch die biologischen Unterschiede der Mitglieder der Gesellschaft bedingt war, das war die Klasse der Männer und der Frauen. Auch der Unterschied zwischen Reich und Arm, zwischen Herren und Sklaven begann sich da schon fühlbar zu machen. Der Trieb des Menschen nach dem größten Maße individuellen materiellen Genusses ist auch innerhalb des Agrarkommunismus zur Geltung gekommen, so sehr er auch von dieser sozialen Form beengt war. Dieser Trieb, durch Tausch und Krieg, die beiden Hilfsmittel der Produktion, gefördert, vernichtete auch endlich